

Beschluss – Antrag 3

Beschluss zum Antrag 3: „Unsere verdammte menschliche Pflicht“ - Hilfe für Jugendliche und Kinder auf der Flucht

Antragsteller: BDKJ-Diözesanvorstand

Die BDKJ-Diözesanversammlung beschließt:

Sehen

„Flüchtlinge haben ein Recht auf Freiheit“ lautete der Titel des Beschlusses des BDKJ-Diözesanausschuss‘ vom Herbst 2013. Die Verschärfung der politischen Lage in Syrien und im Irak zwang seitdem noch mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Die schwierige Situation und die Entbehrungen der Flucht treffen besonders Jugendliche und Kinder, die die Hälfte der Flüchtenden ausmachen¹. Sie sind besonders hilfsbedürftig - nicht nur während der Flucht, sondern auch, wenn sie in einem für sie fremden Land angekommen sind.

Urteilen

Der Umgang mit Flüchtlingen in unserem Land beschämt uns:

Jugendliche und Kinder sind durch den Verlust ihrer Heimat verunsichert und traumatisiert. Angekommen in Deutschland fehlt es an angemessener medizinischer und psychologischer Versorgung. In Massenunterkünften gibt es keine geeigneten Aufenthalts- und Spielmöglichkeiten. Der Zugang zu Bildung ist erschwert.

Hinzu kommt, dass Jugendliche und Kinder von Abschiebehaft, Ausweisungen und Abweisungen bei Einreise betroffen sind.

Handeln

Der BDKJ setzt sich mit seiner jugendpolitischen Strategie ‚U28 - die Zukunft lacht!‘ dafür ein, dass alle heute und zukünftig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Jugendlichen und Kinder über gleichgute Lebenschancen verfügen. Das schließt Jugendliche und Kinder, die in unserem Land Zuflucht suchen, mit ein.

¹ UNHCR Global Trends 2013

Beschluss – Antrag 3

1. Von Bundes-, Landes- und KommunalpolitikerInnen fordern wir die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Deshalb fordern wir für minderjährige Flüchtlinge
 - ☛ den vollen Zugang zur medizinischen Versorgung sowie die psychologische Betreuung von traumatisierten minderjährigen Flüchtlingen.
 - ☛ die menschenwürdige Unterbringung. Insbesondere fordern wir die Abschaffung von Gemeinschaftsunterkünften.
 - ☛ den Zugang zu allen Sozialleistungen des SGB, vor allem den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere zu spezifischen Maßnahmen, die asylsuchenden und geduldeten Jugendlichen und Kindern gleichwertige Lebensbedingungen in Deutschland schaffen.
 - ☛ den uneingeschränkten Zugang zu Schul- bzw. Ausbildung unabhängig vom Aufenthaltsstatus.
 - ☛ dass vor Ausweisungen oder Abweisungen bei der Einreise geprüft wird, ob dadurch eine Gefährdung des Kindeswohls bestünde.
 - ☛ dass sie im Rahmen des „Flughafenverfahrens“ nicht festgehalten oder vor einer Ausweisung in Abschiebehäft genommen werden dürfen.
 - ☛ dass die Residenzpflicht abgeschafft wird, auch um Jugendlichen und Kindern die gleichberechtigte Teilnahme an unseren Ferienfreizeiten zu ermöglichen.

2. Von VertreterInnen der Erzdiözese Köln, den Kirchengemeinden und den katholischen Verbänden fordern wir, dass sie sich in Wort und Tat für eine Willkommenskultur besonders für Jugendliche und Kinder einsetzen. Das heißt, dass
 - ☛ geprüft wird, ob es möglich ist, Flüchtlingen mit Unterkünften aus eigenen Beständen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen.
 - ☛ geprüft wird, ob Kindertagesstätten- oder Schulplätze und Plätze in anderen Einrichtungen in katholischer Trägerschaft für junge Flüchtlinge vorgehalten werden können.
 - ☛ Räumlichkeiten und Hilfe angeboten werden, damit ein Austausch zwischen Menschen, die neu in Deutschland sind und denen, die hier schon lange leben möglich ist.

Beschluss – Antrag 3

3. Wir als Jugendverbände verpflichten uns dazu, dass wir uns vor Ort dafür einsetzen, dass Hürden und Ängste abgebaut werden, damit junge Menschen jeder Herkunft an unseren Angeboten teilhaben können. Konkret heißt das, dass
- ☛ wir Hemmschwellen abbauen, auf Flüchtlinge zugehen und unsere Angebote öffnen, damit junge Menschen mit Fluchterfahrung gute neue Erfahrungen machen und wir voneinander lernen. Insbesondere unterstützen wir unsere Ortsgruppen dahingehend, diesen jungen Menschen in Zusammenarbeit mit ihren Pfarrgemeinden einen Zugang zu Angeboten wie Gruppenstunden oder ähnlichem zu ermöglichen. Der Diözesanvorstand wird beauftragt, sich für Unterstützungsmöglichkeiten wie Schulungen, Beratungen und Ressourcen für die Mitglieder unserer Ortsgruppen einzusetzen.
 - ☛ wir uns politisch dafür einsetzen, dass Jugendlichen und Kindern die Teilnahme an unseren Ferienfreizeiten ermöglicht wird.
 - ☛ wir uns gegen rechtsextremistische Vorbehalte einsetzen, die eine Willkommenskultur für Flüchtlinge in Deutschland unmöglich machen.

Bonn, 30.11.2014